

SPD demokratischer pressediens

P/XXVIII/31

13. Februar 1973

Gutes Verhältnis zu Washington

Unsere Freundschaft mit den USA ist ungetrübt

Von Dr. Hans Apel MdB

Parlamentarischer Staatssekretär im Auswärtigen Amt

Seite 1 / 47 Zeilen

Krise wurde politisch gelöst

Der Währungswirrwarr zwang zur Gemeinsamkeit

Seite 2 und 2a / 56 Zeilen

Was hat die Dritte Welt vom Fremdenverkehr?

Chance zur Erhellung entwicklungspolitischer Probleme

Von Hans Matthöfer MdB

Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Seite 3 und 4 / 62 Zeilen

Sonderbeilage: "Selbstbestimmung und
Eingliederung"

Gutes Verhältnis zu Washington

Unsere Freundschaft mit den USA ist ungetrübt

Von Dr. Hans Apel MdB

Parlamentarischer Staatssekretär im Auswärtigen Amt

An einem Wochenende, an dem in allen Hauptstädten der westlichen Welt die dringenden Probleme der internationalen Währungskrise diskutiert wurden, entdeckte der stellv. CDU-Vorsitzende Dr. Helmut Kohl ein ganz anderes aktuelles Problem. Das deutsch-amerikanische Verhältnis, so meint er, sei getrübt. Die Schuld daran - wie könnte es anders sein? - treffe die Bundesregierung, die durch ihr Verhalten am Ende des Vietnamkrieges die Amerikaner brüskiert habe.

Nichts von all dem ist wahr. Auch dem rheinland-pfälzische Ministerpräsidenten müßte bekannt sein, daß die Zurückhaltung der Bundesregierung anläßlich der Bombardierung Hanois und Haiphongs in Washington außerordentlich positiv vermerkt worden ist. Erst in der vergangenen Woche hat der stellv. amerikanische Außenminister Rush erneut die verantwortungsvolle Haltung des Bundeskanzlers und der Bundesregierung gelobt und dafür den Dank seiner Regierung ausgesprochen.

Ebenfalls in der vergangenen Woche wurden von höchsten amtlichen Stellen im Weißen Haus die in verschiedenen Zeitungen angestellten Spekulationen über die Verschiebung der Reise Richard M. Nixons nach Westeuropa und in die Bundesrepublik als töricht und völlig haltlos bezeichnet. Auch dies vermochte Herrn Kohl nicht davon abhalten, sich diesen Spekulationen anzuschließen.

Als Vorbild stellte Dr. Kohl die öffentliche Zurückhaltung der französischen und englischen Regierung hin. Die gleiche Zurückhaltung macht er der Bundesregierung angesichts des lauten Protests einzelner Gruppen in unserem Lande zum Vorwurf. Daß auch in breiten Bevölkerungskreisen Englands und Frankreichs sich bei der Kiederaufnahme der Bombardierung lautstark Protest artikulierten, verschweigt er, weil es nicht in sein Konzept paßt.

In seiner Profilneurose gegenüber Dr. Rainer Barzel hat sich Dr. Kohl auf das außenpolitische Eis begeben und ist eingebrochen. Hier kann man nur auf die von ihm selbst zitierte Lernfähigkeit hoffen. Wäre Kohls Anliegen tatsächlich das deutsch-amerikanische Verhältnis, so sollte er sich eindringlich an seinen Fraktionskollegen Dr. Narjes wenden. Denn dieser und nicht die Bundesregierung war es, der den Amerikanern in der währungspolitischen Diskussion der letzten Tage schlicht Erpressung vorwarf.

Bleibt abschließend festzustellen, daß unser Verhältnis zu den USA gut ist. Gerade bei den Vorbereitungen in KSZE- und MBFR-Bereichen hat sich gezeigt, daß die Übereinstimmung in den Zukunftsperspektiven die Behauptung einer europäisch-amerikanischen Auseinanderentwicklung widerlegt. Auch die handelspolitischen Probleme zwischen der EG und den USA werden unter Wahrung der Interessen beider Seiten gelöst werden. Der Prüfstein für Stärke und Zusammenhalt einer Allianz ist nicht das Vorhandensein von Problemen, sondern der Wille, sie gemeinsam zu lösen. Dies ist bisher gelungen und wird sich auch in Zukunft so fortsetzen.

(-/13.2.1973/bgy/ex)

Krise wurde politisch gelöst

Der Währungswirrwarr zwang zur Gemeinsamkeit

Die Deutsche Mark und die deutsche Wirtschaft sind aus dem anscheinend währungspolitischen Inflight der letzten Wochen ziemlich unbeschadet herausgekommen. Schon zu Beginn der neuerlichen Unruhen war klar, daß die monetären Techniker das Problem allein nicht in den Griff bekommen würden. Die Lösung war - das Ergebnis beweist das - allein politisch zu erreichen.

Wenn man auch nicht die Augen davor verschließen sollte, daß die westlichen Industriestaaten damit der Schaffung eines neuen Weltwährungssystems noch keineswegs nähergekommen sind, so sollte man doch nicht übersehen, daß nun wieder eine Atempause erreicht wurde, in der man ruhiger als unter permanentem Devisendruck verhandeln kann.

Entscheidender als vielleicht die Devisen-technischen Entscheidungen ist aber wohl die Tatsache, daß sich die Europäer unter Devisendruck und monetärem Zugzwang überzeugender zusammengefunden haben als das noch vor einer Woche selbst Optimisten erwarteten. Damit ist für die nächste Zeit eine wichtige Weiche gestellt worden. Man kann sogar davon ausgehen, daß der bislang noch ziemlich skeptisch erwartete Europäische Währungsfonds nach seiner Gründung am 1. April eine gewichtige Rolle auf dem weiteren Weg der Integration der Wäun spielen wird.

Vor allem aber bleibt der europäische Agrarmarkt in Takt. Damit ist sichergestellt, daß der Katalysator der Gemeinschaft nicht außer Betrieb gerät. Die Europäer sollten die Gunst der Stunde erkennen. Eine Entwicklung, die sie nicht aufgelöst haben, bietet nun die Chance, das konzertierte Verhalten fortzu-

schreiben. Man kann in diesem Zusammenhang davon ausgehen, daß Mitte März nach den französischen Wahlen die Europäer darangehen, nachzudenken, was sie in Abstimmung und zusammen mit den USA unternehmen können, um künftig die Bedrohung des Welthandels durch monetäre Turbulenzen auszuschließen.

So gesehen hat die durch Entscheidungen in Washington, in Tokio und in Europa vorläufig beigelegte Währungskrise die vergrößerte Europäische Wirtschaftsgemeinschaft zu einer heilsamen Kurskorrektur gedrängt. Dabei ist klar geworden, daß sich die Neun nicht auseinanderdividieren lassen. Auch wenn es manche Mühe gekostet haben mag: Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft hat mit einer Stimme gesprochen.

Das ist der Haupterfolg für Europa, das nun davon ausgehen kann, daß der hochgradig disintegrierende, weil inflationäre Eurodollarmarkt nun nicht mehr weiter mit unerwünschter Liquidität versorgt wird. Nun kommt es darauf an, sowohl das politische Verhältnis, aber auch die ökonomischen Beziehungen zwischen Europa und den USA so weiterzuentwickeln, daß die Wirtschaftsblöcke künftig weniger gegeneinander, sondern mehr als bisher miteinander konkurrieren.

Die Tatsache, daß die jüngste Krise gemeinsam gelöst wurde, läßt die Hoffnung zu, daß auch künftige Probleme - wie etwa das des europäischen Sicherheitsbeitrages - einvernehmlich gelöst werden können. Hier wird ein mindest gleich großes Maß an adäquater Lastenverteilung nötig sein, wie bei der Beilegung der rein monetären Probleme. Nach Lage der Dinge sollte aber auch das möglich sein.

Theodor Tremmes
(~/13.2.1973/bgy/ee)

+ . +

Was hat die Dritte Welt vom Fremdenverkehr?

Chance zur Erkollung entwicklungspolitischer Probleme

Von Hans Matthöfer MdB

Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium
für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Auf den ersten Blick sieht die Sache schön und einfach aus: Entwicklungsländer brauchen Devisen und haben landschaftliche Schönheiten, alte Zeugnisse vergangener Kultur, viel Sonne und menschenleere Strände. Die Menschen in Industriestaaten geben Geld für ihren Urlaub aus, um das zu finden, was einige Entwicklungsländer anscheinend im Übermaß anzubieten haben. Kein Wunder, daß bei der letzten UN-Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD III) in Santiago de Chile über einen Punkt ziemlich schnell Einigung erzielt wurde: Der Tourismus in Entwicklungsländern ist zu fördern, denn seine Ausweitung kommt allen Beteiligten zugute.

Seitdem sind Zweifel aufgetaucht. Es hat sich herausgestellt, daß der Entwicklungseffekt beim Aufbau von Fremdenverkehrsindustrie offenbar nicht unmittelbar denen zugute kommt, die ihn am meisten benötigen. So ist zum Beispiel noch immer ungeklärt, wieviel Prozent der so verdienten Devisen im Entwicklungsland bleiben, ob der Fremdenverkehr wirklich in so großem Maß Arbeitsplätze schafft, wie ursprünglich angenommen, ob Infrastrukturmaßnahmen, die europäischen Touristen dienen, für die gleichgewichtige wirtschaftliche Entwicklung des Landes wirklich nur nützlich und notwendig sind.

Hier kann langfristige Planung, in der die Vorstellungen der Entwicklungsländer respektiert werden, sicherlich manches zum Besseren wenden, zumal, wenn man bereit ist, aus Fehlern zu lernen. Hierzu benötigen wir detaillierte kritische Untersuchungen der wirklichen Erfahrungen, die Entwicklungsländer bisher mit dem Tourismus gemacht haben.

Am Rande dieser Entwicklung, die mit der Überfüllung der europäischen Erholungsgebiete in den kommenden Jahren immer rapider

vor sich gehen wird, tauchen nun neue Probleme auf, deren Folgen noch gar nicht überschauen werden können. Es stellt sich unter den Bedingungen des Massentourismus als fragwürdig heraus, was seit 150 Jahren immer wieder vom Wert des Reisens behauptet wurde, daß nach Goethe Reisen "bilde", Menschen einander näherbringe und mit näherem Kennenlernen Toleranz erwacht und Vorurteile schwinden. Größere Touristenströme in Entwicklungsländer könnten auch dazu beitragen, Vorurteile und Klischees zu verhärten.

Manche Reiseveranstalter und viele, die sich mit entwicklungspolitischer Öffentlichkeitsarbeit beschäftigen, haben erfahren müssen, daß das Bild vom "faulen" Afrikaner und vom "unaufrichtigen" Asiaten bei denen, die in die Touristenghettos geflogen werden, keineswegs verschwindet. Auch bei Menschen in Entwicklungsländern, die nun mit Europäern in Gestalt von Urlaubern in Berührung kommen, könnte die Vorstellung entstehen, als ob in den reichen Staaten Müßiggang und Luxus der Normalzustand sei.

Hier stellt sich eine Aufgabe für die entwicklungspolitische Bewußtseinsbildung. Urlaubsreisende sind nicht von vornherein unwillig, Informationen aufzunehmen, die ihre Reise zur wirklichen Begegnung und zur Erfahrung machen können. Es ist sogar zu vermuten, daß ihre Motivation, Informationen über ihr Gastland zu sammeln, vor der Reise besonders hoch ist.

Tourismus in Entwicklungsländern könnte für alle Beteiligten Vorteile bringen, wenn die Weichen für bessere Einsichten gestellt werden. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit sieht hier eine Chance, auf diese Weise Touristen auch entwicklungspolitische Probleme verständlich zu machen. Es wird in den nächsten Monaten die Partnerschaft mit allen Organisationen und Institutionen hier und in den Entwicklungsländern suchen, die am Tourismus in der Dritten Welt beteiligt sind, um einen Weg zu finden, der die Begegnung von Nord und Süd nicht nur im materiellen Ergebnis, sondern im gegenseitigen Verständnis gewinnbringender macht.

(-/13.2.1973/bgy/ex)